

Spannende Wochen für Portugal

28.03.2011 | 17:59 | Beatrice Bösiger (wirtschaftsblatt.at)

Portugal muss eine neue Regierung wählen. Dass im Wahlkampf ein Gesuch um Finanzhilfe kommt, gilt als unwahrscheinlich. Das würde zu viele Stimmen kosten.

Lissabon/Brüssel. Der Rettungsschirm (EFSF) der Europäischen Union wird für europäische Regierungen innenpolitisch zunehmend zum Stolperstein. Nach Irland scheint das Ringen um Sparmaßnahmen auch dem portugiesischen Premier Jose Socrates das Amt zu kosten. Dies zeigen aktuelle Umfragen.

Vergangene Woche ist die Minderheitsregierung unter Jose Socrates mit einem Sparpaket - dem vierten innerhalb von zwölf Monaten - im Parlament gescheitert, worauf der Premier seinen Rücktritt einreichte. Das Sparpaket, welches Pensionen stärker besteuert hätte, sollte ein Ansuchen um Finanzhilfe in Brüssel verhindern.

Im Moment berät Staatspräsident Anibal Cavaco Silva darüber, ob er den vom Premier eingereichten Rücktritt auch annimmt. Die großen Parlamentsparteien haben sich jedoch bereits für Neuwahlen ausgesprochen. Was nun die Rechte der Übergangsregierung betrifft, so bleibt die portugiesische Verfassung vage, sagt Luis Faria, Präsident des portugiesischen Thinktanks Contraditório. „Eine Übergangsregierung soll sich auf die dringend notwendigen Geschäfte konzentrieren“, so Faria. Was genau darunter fällt, ist juristische Interpretation - das betrifft auch ein mögliches Ansuchen um Finanzhilfe bei der EU oder dem IWF. Und während des Wahlkampfes um Finanzhilfe anzusuchen, wollen die Parteien tunlichst vermeiden. Speziell der IWF gilt seit den 80er-Jahren als Buhmann in Portugal, so Faria.

Als möglicher Termin für Neuwahlen wird der 5. Juni gehandelt. Portugal muss sich jedoch bereits im April an den Finanzmärkten refinanzieren - gemeinsam mit einer Mitte Juni fälligen Refinanzierung beläuft sich der Bedarf auf rund neun Milliarden €. Laut Noch-Premier Socrates sei für die Refinanzierung Mitte April genügend Geld vorhanden, für Juni wollte er keine klare Aussage machen. Und bereits gestern sind die Zinsen für portugiesische Staatsanleihen auf eine Rekordhöhe von mehr als acht Prozent gestiegen.

Dass auch eine Übergangsregierung etwas bewegen kann, zeigt jedoch das Beispiel Belgiens. Seit der Wahl im vergangenen Juni amtiert Yves Leterme als geschäftsführender Premier. Gemäß der Verfassung darf die Regierung nur mehr die laufenden sowie dringliche Geschäfte behandeln, die mittels Parteienkonsens und Mehrheit im Parlament verabschiedet werden. „Das System funktioniert“, sagt Hugues Dumont, Jurist an der Universität Brüssel. Paradoxerweise dank des starken Förderalismus in Belgien - einem Aspekt, der die Regierungsbildung seit den Wahlen vom Juni 2010 erschwert. Ob eine Kommune oder eine Region funktioniert, ist nicht von der Regierung abhängig, so Dumont.

© Wirtschaftsblatt.at